Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang

Freitag, den 4. Juni 1920

Nummer 209 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Ostdeutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 853—56 und 9768.

Die achtspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellengesuche 3.20 Mk. zeile pro Zeile. Stellengesuche im Wortanzeigen: das fettgedruckte Wort 1.50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk.
Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 853—56, Buchhandlung Zentrum 2645
„Freiheit"-Buchdruckerei Zentrum 4030.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verhandlungen in London.

Verhandlungen des Obersten Wirtschaftsrats der Alliierten mit Rußland.

Lloyd George über die Unterhandlungen mit Krassin.

H. N. London, 4. Juni.

Lloyd George hielt im Unterhause eine Rede über die Unterhandlungen mit Krassin. Er erinnerte daran, daß der Beschluß, den Handel mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen, vom Obersten Rat im Januar gefaßt worden war und im Februar bestätigt wurde, während im April die Konferenz in San Remo beschlossen hatte, Vertreter der Alliierten zu ermächtigen, Unterhandlungen mit Krassin zu führen. Weiter war beschlossen worden, daß die alliierten Delegierten sich bereit erklären sollten, mit der russischen Abordnung die besten Methoden festzustellen, welche zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen geeignet wären, damit auf diese Weise im Interesse Europas eine Lösung gefunden werden könne.

Krassin ist das Oberhaupt der hierzu ernannten russischen Delegation und vertritt die russischen Konsumvereine. Aber gleichzeitig ist er ein Vertreter der Sowjetregierung.

Was die Beteiligung der alliierten Regierungen an den jetzt geführten Verhandlungen betrifft, so erklärte Lloyd George, daß es gewisse Fragen gebe, die die britische Regierung vorher lösen müsse, bevor allgemeine Verhandlungen stattfinden können, an denen sich auch die anderen Regierungen beteiligen können. Diese Fragen sind an erster Stelle die britischen Gefangenen, und weiter wünscht England Garantien dafür, daß die britischen Interessen im Osten nicht gefährdet werden. Bevor diese Fragen nicht geregelt worden sind, wird es unmöglich sein, die allgemeinen Verhandlungen zu beginnen. Die Handelsbesprechungen werden durch sämtliche Regierungen der Entente geführt werden.

Der französische Vertreter Avenol traf bereits in London ein. Lloyd George erklärte schließlich, daß kein Grund wegen dieser Besprechungen für Frankreich vorliege, und daß die Befürchtungen, die man in gewissen französischen Kreisen hege, grundlos seien. England sei bereit, einheitlich mit Frankreich vorzugehen.

Die erste Konferenz des interalliierten Obersten Wirtschaftsrates mit Krassin wird nächsten Freitag stattfinden.

Krassin eröffnet Handelsbureaus in den alliierten Hauptstädten.

H. N. London, 4. Juni.

Krassin hat in London in der Bawstreet ein Handelsbureau eröffnet. Es verlautet, daß er auch in anderen alliierten Hauptstädten ähnliche Bureaus gründen wird. Krassin hatte gestern eine Unterredung mit dem Präsidenten der italienischen Wirtschaftsdelegation und später mit Benes.

Italienische Sozialisten auf dem Wege nach Rußland.

T. U. Stockholm, 4. Juni.

Hier traf eine italienische sozialistische Delegation ein, die sich nach Helsingfors begeben will. Die Delegation will mit der Sowjetregierung wegen der Eröffnung des Handelsverkehrs in Verbindung treten.

Italien und die Entente.

Italienische Note an England.

H. N. London, 4. Juni.

„Daily Telegraph" meldet, die italienische Regierung habe ihre energische Abneigung gegen eine Wiederholung der Hythe-Konferenz, wo nur zwei statt aller Mächte Beschlüsse trafen, in einer Note an England Ausdruck gegeben und erklärt, Italien fühle sich keineswegs irgendwie durch die Beschlüsse von Hythe verpflichtet. Diese Mißstimmung in Rom erkläre sich wahrscheinlich aus der Tatsache, daß bis jetzt kein italienischer Vertreter an den Besprechungen mit Krassin teilgenommen hat.

Nationalistische Demonstrationen in Budapest.

T. U. Budapest, 4. Juni.

In Budapest herrscht wegen der bevorstehenden Unterzeichnung des Friedensvertrages eine sehr erregte Stimmung. Die Regierung hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. In den Straßen patrouillieren Militärabteilungen, die Ministerien sind von Militär besetzt. Trotzdem kam es gestern zu stürmischen Kundgebungen. Die Menge demonstrierte vor den Gebäuden der österreichischen, tschecho-slowakischen und rumänischen Gesandtschaft und schlug unter Schmährufen die Fenster ein. Berittene Polizei vertrieb die Demonstranten. Die Kundgebungen wiederholten sich im Laufe des Tages unter Rufen: „Es lebe der neue Krieg! Wir wollen den Schandfrieden nicht mitmachen!" und unter Drohrufen gegen die Konsuln. Eine Demonstration gegen die amerikanische Mission wurde von der Polizei verhindert.

Neue Erfolge der türkischen Nationalisten.

H. N. Konstantinopel, 4. Juni.

Die Nationalisten haben in der Nähe der Hauptstadt neue Erfolge errungen und die Regierungstruppen nach der Küste zurückgedrängt. Jetzt besetzten sie das ganze Ostufer des Marmara-Meeres bis auf Kanonenschußentfernung von Konstantinopel. Man glaubt, daß die Regierungstruppen insgeheim mit den Nationalisten zusammenwirken.

Aegypten bleibt eine Monarchie.

H. N. London, 4. Juni.

Die Kommission von Lord Milner ist mit der ägyptischen Delegation zu günstigen Ergebnissen gekommen, so daß eine befriedigende Lösung bald erfolgen dürfte. Aegypten bleibt nach wie vor eine Monarchie. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß der jetzige Sultan in seinem Amt bestätigt wird.

Neue Beunruhigung in Oppeln.

T. U. Oppeln, 4. Juni.

Der Vorsitzende der Interalliierten Kommission, General Lerond, erschien mit dem englischen Oberst Percival und dem italienischen Kommissar Passigli im hiesigen polnischen Konsulat und sprach über die Vorgänge vom 2. Mai der polnischen Regierung das Bedauern der Interalliierten Kommission aus. In Anschluß daran wurde unter dem Salut der französischen Truppen der polnische Adler, der bei den Vorgängen vom Konsulat heruntergeholt und in die Oder geworfen wurde, wieder angebracht. Als Gegenmaßnahme hatten patriotische deutsche Leute das am Regierungsplatz stehende Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit einer Eichenlaubkrone geschmückt und der Figur eine schwarz-weiß-rote Fahne in die Hand gegeben.

Infolge des Bekanntwerdens der Bedrohung eines Eisenbahnschaffners auf dem Bahnhof Tarnowitz ist ziemliche Erregung in Oppeln entstanden. In den Nachmittagsstunden sammelten sich vor dem Regierungsgebäude große Menschenmengen an. Das Verlangen der Interalliierten Kommission, daß die Sicherheitspolizei den Schmuck des Kaiser-Wilhelm-Denkmals unverzüglich entferne, steigerte die Erregung. Die Sicherheitspolizei hatte, um die Bevölkerung nicht zu reizen, versucht, durch einige junge Burschen den Schmuck entfernen lassen. Dieses Vorhaben scheiterte aber an der entschiedenen Haltung der Menge, die auch gegen die auf den Straßen befindlichen Franzosen eine aggressive Haltung einnahm. Schmähreden gegen die Truppen wurden wiederholt laut, auch wurden die Truppen verfolgt, sobald sie eine provozierende Haltung einnahmen. Zu ernsten Zwischenfällen ist es indessen nicht gekommen, abgesehen von einigen Prügeleien. Die Ansammlungen dauerten bis in die Nacht hinein. Die französischen Wachen bei der Interalliierten Kommission wurden durch italienische abgelöst. Das polnische Konsulat erhielt Verstärkung seiner Wachtposten.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Was raten Euch Eure französischen Brüder?

„Wenn das deutsche Proletariat am 6. Juni geschlossen für die Kandidaten stimmt, die des Sozialismus würdig geblieben sind, wird der Staatsstreich zum Scheitern verurteilt sein"

So schreibt unser französisches Bruderblatt „Le Populaire". Und weiter:

„Ein Sozialist kann nicht Mitglied einer halbbürgerlichen Regierung mit einer nicht-sozialistischen Verfassung sein, er hört dann auf, Sozialist zu sein." —

Arbeiter, beherzigt diese Mahnung. Stimmt am 6. Juni für die Vertreter des revolutionären Sozialismus.

Alle Stimmen für die Liste der U. S. P.!

Unser Ziel.

Von Artur Crispien.

„Unser Ziel ist die Befreiung der arbeitenden Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, ist eine Gesellschaftsordnung, in der jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten für die Gesamtheit arbeiten muß, in der aber auch jeder nach seinem Bedürfnis und nach dem jeweils vorhandenen Reichtum der Gesellschaft am Ertrag der gemeinsamen Arbeit beteiligt sein wird. Das ist der Sozialismus!"

Getreu diesem Grundgedanken des Wahlaufrufs unserer Partei, haben wir den Wahlkampf geführt. Den Wahlkampf, der für uns ein Gefecht in dem Kampf um die Errichtung der sozialistischen Weltordnung ist. Wo immer wir auf Kleingeisterei, Parteihader und persönliches Gezänk stießen, bemühten wir uns erfolgreich, die Massen mit Abscheu vor aller Beschränktheit und Niedrigkeit zu erfüllen und sie zum Kampf für die große heilige Sache des Sozialismus aufzurufen.

Durch die Lande geht eine soziale und politische Umwälzung von einem Umfang und einer Bedeutung, wie sie die Menschheit noch nicht erlebt hat: die proletarische Weltrevolution. Diese Umwälzung wird damit enden, daß der geistige Ueberbau der menschlichen Gesellschaft mit ihrer ökonomischen Struktur in Einklang gebracht wird. Oekonomisch sind die Völker in der Weltwirtschaft vereinigt. Die Völker aller Länder sind in der Erhaltung und Entwicklung ihres Lebens aufeinander angewiesen. Sie arbeiten für einander und tauschen ihre Arbeitsprodukte miteinander aus. Wehe dem Volk, das teilweise oder ganz, vorübergehend oder dauernd von der Weltwirtschaft ausgeschlossen ist! Ihm drohen Rückgang, Verfall und völliger Zusammenbruch. Schaut auf Deutschland und auf Oesterreich, auf jene Länder, die durch den Krieg mehr oder weniger in ihrer Teilnahme an der Weltwirtschaft behindert sind: Verschärftes Massenelend, erhöhtes Massensterben!

Eine nimmer rastende Entwicklung der Produktivkräfte wälzte den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß um, veränderte die wirtschaftlichen Verhältnisse der Menschen zu einander und schuf ihnen in der Weltwirtschaft eine neue ökonomische Struktur. Juristisch und politisch jedoch sind die Menschen noch in Staaten von einander abgeschlossen. Die politischen Grenzen sind zum Hemmnis für den weiteren Aufstieg der Menschheit geworden. Diese Grenzen und Schranken müssen fallen, die juristischen und politischen Einrichtungen, die den geistigen Ueberbau der menschlichen Gesellschaft bilden, müssen internationalisiert werden. Das ist das weltgeschichtliche Problem der Zeit.

Dies Problem kann nicht auf kapitalistischer, es kann nur auf sozialistischer Grundlage gelöst werden.

Die imperialistische Bourgeoisie versucht das Problem durch kapitalistische Methoden zu lösen. Die englische Kapitalistenklasse sah sich durch die immer mächtiger werdende deutsche Kapitalistenklasse in dem Bestreben behindert, die Weltwirtschaft restlos unter englische Gewalt zu bringen. Die deutsche Kapitalistenklasse wollte durch den Krieg die englische Kapitalistenklasse aus der Vormachtstellung in der Welt drängen und ihren Platz einnehmen. Den Krieg gewonnen hat aber die amerikanische Kapitalistenklasse, die, im Besitz des größten Rohstoffgebiets der Welt, daran geht, eine internationale kapitalistische Oberhoheit über die Völker aller Länder aufzurichten.

Die Resultate dieses internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes sind grauenvoll für die Menschheit und zugleich ein vernichtendes Urteil für den Kapitalismus überhaupt. Nach den Berechnungen der Carnegie-Stiftung sind durch den Krieg für 332 Milliarden Dollar Kulturwerte vernichtet worden. Die Menschheit hat eine totale Minderung um 40 bis 41 Millionen erfahren. Dazu die moralische und sittliche Verlumpung weiter Volksschichten in allen Ländern.

Stellen wir uns vor: Millionen Männer und Frauen ackern und säen, hämmern und nähen, schaffen und wirken, bangen um gute Ernten und freuen sich über die Vermehrung der Kulturgüter. Millionen Väter und Mütter ziehen unter Mühen und Sorgen Kinder groß und sind froh, tüchtige Menschen heranzubilden. Ueberall Emsigkeit und Geschäftigkeit, Handel und Wandel, Ringen und Streben. Dann geben plötzlich die Kapitalisten das Signal zum Krieg. Die Menschen, die bislang friedlich gearbeitet und in engsten Austauschbeziehungen zueinander gestanden haben, verwandeln sich in blutdürstige Bestien, die einander an die Gurgel springen; Menschen zerfleischen, zerreißen und zerstampfen Menschen. Aecker werden Wüsten, Dörfer und Städte Trümmerhaufen. Haß und Rachsucht, Mordlust und Mordraub gelten als höchste sittliche Ge-

tätigung christlicher Kulturvölker. Hosanna und Hurra und Deutschland über alles!

Endlich kommen Ermattung, Erwachen und Selbstbestimmung. Die Menschen stehen schaudernd vor ihren eigenen Werken: Berge von Leichen, weite Wüsten und Trümmerfelder. Was die Menschen millionenfach schufen, haben sie millionenfach vernichtet. Die Menschen selbst, nackt und bloß, arm und elend, verschuldet und verkommen.

Nur die Kaste der Herrschenden konnte sich durch die Vernichtung und Zerstörung bereichern. Diesem Zweck dient ja auch der Krieg, der den Herrschenden wie eine Badekur bekommt —!

Sollen nun die Millionen Männer und Frauen immer wieder die Lohnknechtschaft auf sich nehmen und immer wieder auf Kommando der kapitalistischen Machthaber bald arbeiten, bald morden, bald morden, bald arbeiten? Bis die Kultur einer jahrtausendelangen Entwicklung völlig vernichtet und die Menschheit dezimiert und degeneriert hoffnungsloser Verelendung und Verzweiflung verfallen ist?

Eine Gesellschaftsordnung, die solche Resultate erzeugt, hat keine Daseinsberechtigung mehr, muß von einer höheren Form der gesellschaftlichen Organisation abgelöst werden.

Das hat das klassenbewußte internationale Proletariat erkannt. Darum ist es aufgestanden, darum ruft es den Kapitalisten zu: Bis hierher und nicht weiter!

Die Völker haben keine Interessengegensätze. Interessengegensätze bestehen national und international zwischen den Klassen der Kapitalisten und der Arbeiterklasse. Durch die proletarische Weltrevolution werden die von den Kapitalisten um die einzelnen Völker gezogenen Stacheldrahtverhaue in die Luft gesprengt und die Völker der Erde auch juristisch und politisch in der planmäßig arbeitenden sozialistischen Weltwirtschaft brüderlich vereinigt werden. In der sozialistischen Gesellschaft gehören die Produktionsmittel der Gesamtheit. Damit sind die Klassen, und mit ihnen jede Unterdrückung in der Gesellschaft beseitigt. Die Diktatur der Kapitalisten und Militaristen hat der sozialistischen Demokratie Platz gemacht. Das Bedürfnis wird vor dem Beginn des Arbeitsprozesses festgestellt und der kapitalistische Warenaustausch ist durch die sozialistische Verteilung der Produkte ersetzt.

Wir internationalen Klassenkämpfer kennen in unsere Bewegung keine Franzosen, Engländer, Russen, Italiener usw., wir kennen nur Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern, Kampfgenossen und Kampfgenossinnen. Wir reichen einander brüderlich verbunden von Land zu Land die Hände und fühlen uns stark und siegeszuversichtlich.

Die unausrottbaren sozialistischen Ideen müssen uns in allen unseren Aktionen mit Energie und Begeisterung erfüllen, und neue Mitstreiter für den Sozialismus muß uns auch der Wahlkampf bringen. Laßt uns auch die letzten Stunden noch nutzen, damit wir aus dem Wahlkampf an Erfolgen für unsere Bewegung herausholen, was herausgeholt werden kann. Wenn wir uns auch vollkommen klar darüber sind, daß die Entscheidung nicht im Parlament fällt, daß das wichtigste und entscheidende Mittel die Aktion der Masse ist, so verkennen wir doch nicht, daß auch der Parlamentarismus ein wirksames Mittel zur Förderung des proletarischen Klassenkampfes ist. Es gibt kein Gebiet, wo wir nicht dem Kapitalismus entgegentreten, es gibt keinen Kampfplatz, auf dem wir nicht die Arbeiterbataillone gegen die Mächte der Reaktion führen. Wir wissen, daß wir in einem harten opferreichen Ringen uns durchsetzen müssen, wir wissen aber auch, daß wir letzten Endes doch den Sieg für den Sozialismus erkämpfen werden, daß wir die Bahnbrecher einer neuen Zeit, daß wir die Organisatoren einer neuen Gesellschaftsordnung sind.

Wie einst der Feudalismus vom Kapitalismus überwunden wurde, so muß der Kapitalismus dem Sozialismus weichen. Das ist gewißlich wahr!

Die Anbiederung nach rechts.

Der demokratische Reichsminister Koch hielt gestern in Nürnberg eine Rede, in der er sagte:

„Selbstverständlich bin ich für eine möglichst ausgiebige Vertretung des Bürgertums in der Koalition. Was sich in Wort und Tat auf den Boden der Verfassung stellt, gehört hinein. Ich bedauere, daß die Deutsche Volkspartei durch ihre Politik des letzten Jahres, durch ihr Verhalten beim Kapp-Putsch und durch die Art, wie sie den Wahlkampf vielfach mit dem verwotteten Unterschied zwischen nationalen und antinationalen Parteien führt, ein so berechtigtes Mißtrauen hervorgerufen und die ablehnende Erklärung des Reichskanzlers Müller geradezu provoziert hat."

Die Demokraten bereiten sich bereits darauf vor, die Koalition durch die reaktionären deutschen Volksparteiler zu erweitern und hoffen inständig — was nicht unwahrscheinlich —, daß auch die Rechtssozialisten diesen Schritt mitmachen werden.

Auf den Fußstapfen des Reichslügenverbandes. Im Wahlkampfe ist der „Vorwärts" zu dem alten Mittel der schmutzigen Bekämpfung der Unabhängigen Partei zurückgekehrt. Da die politische Haltung der U. S. P. ihm keine geeignete Handhabe bietet, versucht er es jetzt unter verzerrter Darstellung der geschäftlichen Methoden der „Freiheit". Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß der „Vorwärts" durch diese Notiz glücklich auf dem Niveau des Reichslügenverbandes angelangt ist, dessen Agitatoren auch nie anders als derartige schmutzige Mittel in der Bekämpfung der Sozialdemokratie verwendeten. Das wundert uns beim „Vorwärts" nicht, denn auch während der vierjährigen Unterdrückung der „Freiheit" im Januar durch Noske bediente sich der „Vorwärts" der allerschmutzigsten Methoden.

Parteien und Völkerbundsfrage. Auf einen Fragebogen der pazifistischen Vereine Deutschlands, der allen Kandidaten und Parteileitungen zugeht und unter anderem die Fragen enthält, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten solle, ob eine Revision des Versailler Friedens nur auf friedlichem Wege erstrebt werden dürfe, ob der Reichsverfassung entsprechend in allen Schulen die Erziehung im Geiste der Völkerversöhnung zu leiten sei, haben die Leitungen der Zentrumspartei, der Demokratischen Partei, der Nationaldemokratischen Volkspartei sich unbedingt zustimmend geäußert, desgleichen die Zentralen der Rechtssozialisten und der Unabhängigen. Von zahlreichen Kandidaten der genannten Parteien ist im gleichen Sinne geantwortet worden. Von den beiden Rechtsparteien ist keine Antwort eingegangen.

Deutsche Heimkehrer nach Schweden. Die Vereinigung der schwedischen Eisenbahnbeamten hat beschlossen, 100 Kinder deutscher Eisenbahnbeamten im Sommer zu erholen.

Das Existenzminimum im Mai.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg.

Die Besserung unserer Valuta hat auch für den Mai noch keine Verringerung der Kosten des Existenzminimums gebracht. Zwar waren Kleidung, Schuhwerk und einige Nahrungsmittel, wie Reis, billiger als im April. Aber die rationierten Waren sind im allgemeinen noch teurer geworden. Das gilt besonders für Brot, Fleisch, Kartoffeln und Zucker. In Groß-Berlin kosteten so Brot, Zucker und Milch 9mal soviel wie vor dem Kriege, Kartoffeln 13mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 22mal soviel, Schmalz 20mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Vierzehnfache. In den vier Wochen vom 8. bis 30. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

		Preis Mai 1920 Pf.	Preis Mai 1914 Pf.
7000	Gramm Brot	1615	185
125	„ Teigwaren	50	10
625	„ Nährmittel	115	25
1000	„ Hülsenfrüchte	1814	75
3000	„ Kartoffeln	680	51
1000	„ Fleisch	2268	170
60	„ Butter	300	21
500	„ Margarine	1766	80
500	„ Schmalz, Bratfett	2000	70
700	„ Zucker	280	31
500	„ Marmelade	450	80
		10817	749

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 108,17 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 7,49 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11 800 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 27 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7mal 2400 gleich 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 weniger 11 800 gleich 5000 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billigst tun, indem sie sich 1½ Pfd. Haferflocken für 5,25 M., 1 Pfd. Erbsen für 4,50 M., 1 Pfd. Marmelade für 6,50 M. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also 48 M. kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7mal 3000 gleich 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von ½ Pfd. Reis für 5 M., ½ Pfd. Schmalz für 14 M., 8 Pfd. Gemüse für 8 M. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 70 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 167 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M., für Heizung 16,10 M., für Beleuchtung 6 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 42 M., Frau 98 M., Kind 14 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Mai 1920 in Groß-Berlin:

	Mann M.	Ehepaar M.	Ehepaar mit 2 Kindern M.
Ernährung	70	113	167
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	42	70	98
Sonstiges	36	54	74
	179	268	370

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 30 M., für ein kinderloses Ehepaar 45 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 62 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 9600 Mark, für das kinderlose Ehepaar 14 600 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 19 900 M.

Vom Mai 1914 bis zum Mai 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,85 M. auf 179 M., d. h. auf das 10,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,90 M. auf 268 M., d. h. auf das 12,1fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 M. auf 370 M., d. h. auf das 12,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen ist die Mark jetzt noch 8 bis 9 Pf. wert.

Sozialpolitische Hochflut.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuchs ist am 28. und 29. Mai unter Leitung seines Vorsitzenden, des Ministerialdirektors Siefart, im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Nach Ersetzung zweier durch den Tod ausgeschiedener Mitglieder besteht der Ausschuß jetzt aus folgenden Personen:

Professor Dr. Adler-Wien, Fräulein Dr. phil. Marie Baum-Hamburg, Rechtsanwalt Dr. Georg Baum-Berlin, Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Dehne-Dresden, Erkelenz-Berlin-Baumschulenweg, Professor Dr. E. Brande-Dietzen, Fräulein Dr. Käthe Gaebel-Berlin, Professor Dr. Kaskel-Berlin, Dr. Landsberger-Charlottenburg, Professor Dr. Oertmann-Göttingen, Dr. Heinz Potthoff-München, Professor Dr. Pribram-Wien, Dr. Rohmer-Berlin, Assessor Franz Roehr-Berlin, Rechtsanwalt Professor Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M., Gewerberat Ernst Schmitt-Berlin, Umbreit-Berlin, Wissell-Berlin, Professor Dr. Walgenborff-Halle.

Außerdem wirken an der Ausarbeitung des Entwurfs noch eine Anzahl von Mitarbeitern mit, die einzelne Sonderfächer bearbeiten. Die Arbeiten der von dem Gesamtausschuß gebildeten Unterausschüsse sind zum Teil bereits weit fortgeschritten. In Bearbeitung sind insbesondere die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Heimarbeitgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes, sowie mehrerer Sonderabschnitte des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Die vorerwähnten Gesetzentwürfe sollen vorweg erledigt und später in das Gesamtwerk eingearbeitet werden. In Aussicht genommen ist ferner ein Gesetz über Arbeitsbehörden. Die Beratungen am 28. und 29. Mai hatten hauptsächlich die Erörterung der bereits vorliegenden Vorentwürfe, insbesondere eines Betriebsrätegesetzes, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes zum Gegenstand.

Außerdem fand eine Aussprache darüber statt, wie die Fortführung der Arbeiten zweckmäßig zu gestalten und tunlichst zu fördern sei. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht, namentlich mit Rücksicht auf die von der Hauptversammlung des Internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefaßten Beschlüsse, erörtert. An der Besprechung des Tarifvertragsgesetzes nahmen auch Mitglieder des Tarifrechtsausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform teil.

*

Der neue Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, der auch oben erwähnt wird, wird an die Stelle des Gewerbegerichtsgesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes treten und alle Abänderungsvorschläge, die zu diesen Gesetzen gemacht sind, berücksichtigen. Auch die Vertretung von Frauen ist im neuen Entwurfe vorgesehen. Das Arbeitsgerichtsgesetz sieht Verhältniswahl vor, wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer von 20 Jahren an.

Für die Uebergangszeit ist für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte angeordnet worden, daß zukünftige Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht stattfinden und auch Frauen das aktive Wahlrecht haben. Ferner sind zu Wählen berechtigt alle Zwanzigjährigen mit 15 000 Mark Jahreseinkommen.

Eine militärische Verbrecherbande.

Die Lügenfabrikate bezahlter Lumpen.

Die Reichswehr hat, wie bekannt ist, einen großen Nachrichtendienst eingerichtet, der die Aufgabe hat, die Vorgänge in den Arbeiterparteien auszukundschaften und die Oeffentlichkeit mit Nachrichten zu versehen, die sie dauernd in Unruhe halten, damit die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht begreiflich erscheint und auch das Ausland dem Verlangen der Militärs nach einem starken Heere nachgibt. Diese Nachrichtenorganisation der Reichswehr fertigt bewußt und mit Vorbedacht gefälschte Berichte an, und auf Grund dieser Berichte leiten die militärischen Kommandostellen ihre Aktionen gegen die Arbeiterschaft ein, damit diese geschwächt wird und die Gegenrevolution beim endgültigen Losschlagen ein um so leichteres Spiel hat. Auch die Beseitigung und Unschädlichmachung von unliebsamen Führern der Arbeiterschaft ist Zweck und Ziel der militärischen Nachrichtenstellen. Die Ermordung Hans Paasches steht im engsten Zusammenhang mit der Tätigkeit dieser Organisationen. Gerade zur rechten Zeit fällt uns ein Bericht des Abschnittskommandos Deutschkrone in die Hände, also jener Dienststelle, die die Aktion gegen das Gut des ermordeten Pazifisten einleitete. Das Abschnittskommando unterhält in Deutschkrone ein großes Spitzelbureau, und von diesem wurde im März 1920 folgender Bericht an das Wehrkreiskommando Stettin weitergegeben:

Zusammenfassender Bericht über
Maßnahmen der U. S. P. D. Schneidemühl bis zum 13. III. 20
Zu dort. Nr. Ia 10 588 vom 7. IV. 20.

22. I. 1920: Führer der U. S. P. D. Maurer Köslin gibt in einer Mitgliederversammlung an, daß die Partei im März genügend stark sein dürfte, um die Regierung zu stürzen. Das Losschlagen der Rechtsparteien muß erst abgewartet werden. Jedes Mitglied soll sich jedoch bemühen, Waffen und Munition aufzukaufen.

4. II. 1920: Referent Stoecker, Berliner Führer der U. S. P. D., führt in einer Schneidemühler Mitgliederversammlung aus, daß in Berlin genügend Waffen zum Losschlagen vorhanden wären, und daß in allen Provinzen die Waffenbeschaffung lebhafter betrieben werden müsse. Maurer Köslin hofft in nächster Zeit größere Waffenbestände aufkaufen zu können.

17. II. 20. Mitgliederversammlung der U. S. P. D. Schneidemühl. Schriftführer Lemke äußert, daß er zum Waffenankauf 4200 M. von der U. S. P. D. Berlin geholt habe.

27. II. 20: Mitgliederversammlung der U. S. P. D. Schneidemühl. Etwa 80 Mitglieder gaben auf Befragen an, mit Waffen versehen zu sein. Köslin wird beauftragt, nach Köslin zu fahren, um mit dem dortigen Führer Dressel über Waffenaufkauf in Verbindung zu treten.

Schriftführer Lemke teilt dem Gewährsmann in einem anschließenden Zusammensein mit, daß er 26 Gewehre aufgekauft und sie im Garten des Kassenführers Radtke verborgen habe.

Verteilung:
Herrn Hauptmann im Generalstab Cloeßner,
Wehrkreiskommando II — Stettin.

Wir brauchen nicht festzustellen, daß die in dem Bericht aufgestellten Behauptungen samt und sonders erlogen sind. Der Spitzel, der ihn geliefert hat, ist bereits entlarvt. Es ist festgestellt worden, daß er für jeden Einzelbericht 150 Mark erhält, neben seiner Reichswehrlöhnung natürlich, und den sonstigen sehr reichlich bemessenen Spesen. Durch die verlogenen Fabrikate dieser bezahlten Spitzel wird unsere Partei im Bezirk Schneidemühl von den militärischen Kommandostellen dauernd belästigt und verfolgt. Es steht auch fest, daß die Spitzel des Abschnittskommandos Deutschkrone die Unterlagen für die Aktion gegen das Gut Hans Paasches geliefert haben. Der Mord an ihm erfährt dadurch eine ganz neue Beleuchtung. Wir fragen den demokratischen Wehrminister, ob er eine Einrichtung in der Reichswehr fortbestehen lassen will, deren Aufgabe es ist, Verbrechen zu provozieren und die zu diesem Zwecke Verbrecher aus Staatsmitteln unterhält? Die Spitzelwirtschaft der Reichswehr dient ausschließlich den Zwecken der Gegenrevolution. Räumt die Regierung mit dieser schandbaren Institution nicht endlich auf, dann zeigt sich, daß ihre politische Moral nicht höher steht als die der von ihr bezahlten Achtgroschenjungen.

Die dänischen Sozialisten für die Republik. Im Namen der sozialistischen Gruppe legte in der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses des dänischen Reichstages Stauning die Abänderungsvorschläge zur Verfassungsrevision vor. Die Sozialisten fordern danach die Einführung des Einkammersystems, die Einführung der Republik und die Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf 21 Jahre. In den nächsten Tagen wird die zweite Lesung des dänischen Verfassungsentwurfs stattfinden.

Der Danziger Oberkommissar hat die Verfassunggebende Versammlung für die künftige Freie Stadt Danzig für den 14. Juni nach dem Landeshause einberufen.

Jede Stimme am Sonntag der U.S.P.D.

Das letzte Pferd aus dem Stall.

Die antisemitische Reaktion.

Ueberall, wo die nationalistische Reaktion über den Reichsdurchschnitt hinaus fortgeschritten ist, steht der Antisemitismus in vollster Blüte. Deutscher Nationalismus und schmutzigste, an niedrigste Instinkte appellierende Judenhetze sind schlechthin eins. Ein Wahlbrief, den sich die „Deutsche Zeitung" aus München schreiben läßt, ist ein Merkmal dafür. Unzweifelhaft ist, schreibt der Berichterstatter, die gründliche Antisemitisierung der Masse in Bayern. „Der Kampf gegen das Judentum wird in Bayern so offen geführt, wie sonst nirgends im Reiche, daher jeder Redner, sobald er antisemitische Töne anschlägt, stärksten Beifalles sicher sein kann." Rühmend hebt der Berichterstatter hervor, daß diese Art von Wahlkampf in München mit einem „weit größeren Aufwand an Temperament und Reklame geführt wird, als in Berlin". Was durchaus glaubhaft ist, denn von dem „Temperament" antisemitischer Knüppelhelden haben wir auch in Berlin immerhin einige Proben erlebt, so daß wir uns leicht eine Vorstellung von den Ausbrüchen des gesteigerten Temperaments der im Dunste der bayerischen Reaktion üppiger wuchernden antisemitischen Radaupropaganda machen können.

Als ein weiteres Zeichen dafür, daß „die deutschvölkischen Wiedererneuerungsbestrebungen in Bayern in kräftigster Entwicklung sind", verzeichnet der Berichterstatter den „bemerkenswerten Aufstieg" der nationalsozialen Arbeiterpartei. Sie habe in einer überfüllten Versammlung in München einen „vielversprechenden Erfolg" gehabt, weil der Hauptredner „unter tosendem Beifall" den jüdischen Mammonismus geißelte und sich gegen die Zinswirtschaft wendete. Wir glauben das aufs Wort, sind aber auch davon überzeugt, daß bezahlte Halunken und als Rowdys verkleidete, „Arbeiter" markierende Reichswehrsoldaten und Offiziere des erzreaktionären Möhl das Hauptkontingent der Besucher dieser Versammlung gestellt haben.

Ein wenig schamhaft und mit Betrübnis geht der Berichterstatter auf die Beschuldigung eines in München ausgehängten Plakates der Demokraten ein, wonach namhafte Größen des völkischen Nationalismus „semitisch verseucht" sind. Es wird an Traub und an einige andere erinnert. Worauf der Berichterstatter erklärt: „Wir Deutschvölkischen sind uns darüber durchaus klar, daß noch viel Arbeit geleistet werden muß, bis die Deutschnationale Volkspartei wirklich deutschvölkisch im idealen Sinne des Wortes sein wird." Da diese Gesellschaft nicht in der Lage ist, irgend eine ernsthafte Arbeit zu leisten, ist anzunehmen, daß diese Reinigung vorgenommen werden soll, indem man auch die deutschnationalen „Juden und Judengenossen" totschlägt.

Der deutschvölkische Nationalismus, verkörpert durch die Deutschnationale Volkspartei, zehrt in seiner Geistesarmut nur noch von dem abgenagten Knochen des Antisemitismus. Oder — um im Stalljargon Stresemanns zu reden, der den Deutschnationalen, wie in allen anderen Punkten, so auch in diesem, sehr nahe steht: Der Antisemitismus ist der einzige Tip des treudeutschen Rennstalles für die Reichstagswahlen. Das letzte Pferd aus dem Stall! Die Stimmenzahl, die beide Parteien auf sich vereinigen, wird also der Gradmesser dafür sein, wie viele dumme Kerle es noch in Deutschland gibt.

Ein Notschrei der unteren Postbeamten.

Von einem unteren Postbeamten wird uns geschrieben: Das neue Besoldungsgesetz für die Beamten ist in der Nationalversammlung angenommen worden. Die Oeffentlichkeit und sogar manche Arbeiterkreise denken nun, daß der Beamte auf eine Gehaltsregelung gelangt ist, die ihm ein Himmelreich auf Erden verspricht und ihm ein Existenzminimum geschaffen hat, von dem er ausreichend leben kann. Aber ich muß all denen zurufen, daß sie in ihrer Meinung weit gefehlt haben. Gewiß ist für den mittleren und höheren Beamten ein auskömmliches Gehalt herausgeholt worden, für die unteren Postbeamten trifft dies aber in keiner Weise zu.

Ich will hier ein Beispiel anführen, was die ganze Besoldungsreform für die unteren Postbeamten in Wirklichkeit bringt. In Berlin verdient ein Postbote, der verheiratet ist, ein Kind hat und im ersten Diätarjahr steht, folgendes:

70 Prozent vom Grundgehalt des Postschaffners, das sind 3010 M., dazu kommen 80 Prozent vom Ortszuschlag für Berlin, gleich 1600 M., das sind im ganzen 4610 M. Dazu kommt weiter ein Teuerungszuschlag von 50 Prozent, so daß ein Jahresgehalt von 6915 M. zustande kommt; außerdem pro Kind kommt, das noch nicht das sechste Lebensjahr erreicht hat, eine Kinderzulage von jährlich 480 M. plus 50 Prozent Teuerungszuschlag gleich 240 M., so daß die ganze Kinderzulage 720 M. im Jahre beträgt. Also steht der Postbote in einem Jahresgehalt von 7635 M., welches einem Monatsgehalt von 636.25 Mark gleichkommt. Abgezogen werden davon dann die Krankenkassenbeiträge usw., und im nächsten Monat die Steuern, denn das Steuerprivileg ist für die Beamten aufgehoben. Das übrigbleibende Gehalt gibt uns noch nicht einmal das Existenzminimum, geschweige denn eine wirtschaftliche Aufbesserung.

Das Grundübel ist, daß man den Teuerungszuschlag in allen Gehaltsstufen gleichstellt, so daß der höhere Beamte auf sein schon hohes Gehalt auch die 50 Prozent Teuerungszulage erhält wie der untere Beamte auf sein niedriges. Eine größere Ungerechtigkeit konnte sich die alte Nationalversammlung nicht zuschulden kommen lassen. Wenn man etwa gedacht hat, sich dadurch eine zuverlässige Beamtenschaft zu erziehen, so hat man weit gefehlt. Wenn immer wieder gesagt wird, daß der Schleichhandel unterbunden werden und die Beamtenschaft mit am Werke helfen soll, so ist durch diese neue Gehaltsreform gerade das Gegenteil erzielt. An Stelle der prozentualen Teuerungszulage hätte man eine einzige Summe auswerfen sollen.

Jedenfalls ist hier ein Betätigungsfeld des neuen Reichstags. Die unteren Beamten wollen nichts mehr, als daß man das Existenzminimum ihnen sicherstellt, damit sie ein gesundes Leben führen können und nicht darben müssen. Sie wollen nicht neue Schulden machen, um dann vielleicht auf die schiefe Ebene zu geraten. Hier muß Abhilfe geschaffen werden, und zwar so schnell wie möglich. Noch vor dem 31. Oktober 1920. Und auch der Arbeiterschaft rufe ich zu: Unterstützt uns in unseren gerechten Forderungen und seht den Proletarier im Postrock als euresgleichen an. Denkt nicht an die Pensionierung. Die erleben wenige von uns. Den unteren Beamten möchte und muß ich zurufen: Wenn Ihr zur Wahlurne am 6. Juni geht, gebt Eure Stimme restlos der Partei, die Eure Interessen vertreten will. Wählt U. S. P. D.

Der letzte Pfennig

des Einkommens aller Arbeiter, Angestellten und Beamten wird in Zukunft durch die Gesetzgebung der Nationalversammlung

steuerlich belastet

werden.

Zwar bestimmt das Reichseinkommensteuergesetz, daß vom Einkommen des Ehemannes 1500 Mark, für Frau und Kinder je 500 Mark pro Kopf steuerfrei bleiben sollen. Diese Erleichterungen stehen nur auf dem Papier!

Es gibt kein steuerfreies Existenzminimum!

Denn durch das Landessteuergesetz ist den Gemeinden das Recht gegeben, bis auf die vom Reichseinkommensteuergesetz steuerfrei gelassenen Einkommensteile von je 700 Mark für Kinder im Alter bis zu 16 Jahren bei Einkommen unter 10 000 Mark jährlich die gesamten von der Reichseinkommensteuer freigelassenen Beträge mit einer

Gemeindeeinkommensteuer

zu belegen!

Mit dieser unsozialen Bestimmung geht die Steuergesetzgebung der Nationalversammlung weit zurück hinter die Steuerpraxis des alten Systems.

Damit nun aber auch wirklich der letzte Pfennig des Einkommens von Arbeitern, Angestellten und Beamten restlos versteuert werden kann, sind die Unternehmer verpflichtet worden, ab 25. Juni 1920 bei der Lohn- oder Gehaltszahlung einen

10proz. Abzug von Lohn und Gehalt

zugunsten der Steuerkasse zu machen!

Diese Maßnahme aber trifft nicht auch die Unternehmer, sondern kommt nur

bei Arbeitern, Angestellten und Beamten

in Betracht. Die selbständigen Unternehmer aller Art dagegen können sich selbst zur Steuer einschätzen wie früher, können je nach ihrer größeren oder geringeren Findigkeit den Staat um Milliarden Mark Steuern prellen! Es ist also ganz wie früher die Möglichkeit der

Steuerdefraudation

vorhanden. Nur daß sie jetzt durch die einseitige Fassung der Steuergesetze gegen die Interessen der arbeitenden Schichten der Bevölkerung, mehr als je zuvor wie ein

Privileg der besitzenden Schichten

wirkt, die davon, was in ihren kapitalistischen Interessen liegt, den reichlichsten Gebrauch machen werden! Mußten doch früher schon die Arbeiter und Angestellten, deren Jahreseinkommen selten mehr als 3000 Mark betrug, restlos versteuern, was sie verdienten, da die Unternehmer zur Angabe ihres Einkommens auf Heller und Pfennig an die Steuerbehörde verpflichtet waren! Die

bürgerlichen Parteien und Rechtssozialisten

sind es gewesen, die durch ihre Zustimmung die künftige steuerliche Ausnahmebehandlung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ermöglichten. Sie tragen deshalb die

Schuld am unerhörtesten Steuerdruck

der nichtbesitzenden Schichten!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Zahlt ihnen deshalb heim am 6. Juni für den Verrat eurer Interessen! Unterstützt die Partei des konsequenten Sozialismus, die allein für euch gearbeitet hat.

Die Lazarettinsassen beim Reichsfinanzministerium.

Uns wird geschrieben:

Am Sonnabend, den 29. Mai, erschienen 2300 Lazarettinsassen der alten Armee in stillem, ergreifenden Demonstrationszuge vor dem Reichsfinanzministerium. Sie trafen nur den Portier an. Am Dienstag schickten sie erneut eine Abordnung, die ihre Wünsche vortragen sollten. Die Lazarettkommission hat die zuständigen Geheimräte, die vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagenen Entschädigungen für die Lazarettinsassen (eine einmalige Beschaffungsbeihilfe von 1250 M. für Verheiratete und 1000 M. für Ledige und Gleichstellung der Löhnung mit der der Reichswehr) bewilligen zu wollen. Sie führte an, daß es eine empörende Ungerechtigkeit sei, wenn der Familienvater, der gegen seinen Willen seine Glieder für das Vaterland opfern mußte, und nun pro Tag 4 Mark erhält, zwischen einem achtzehnjährigen, zahnwehleidenden Reichswehrfreiwilligen mit 8 Mark pro Tag und einem geschlechtskranken Baltikumsoldaten mit 13—19 M. pro Tag liegt. Die Lazarettinsassen der alten Armee, meist Kiefer- und Gesichtsverletzte sowie Lungenkranke, werden, wenn sie einigermaßen geheilt sind, mit 150 M. ohne Wohnung und Stellung auf die Straße gesetzt. Wenn sie ihre 150 M. mit Dirnen verpraßt haben, übernachten sie in den Wartesälen hiesiger Bahnhöfe. Dann — siehe unter Gerichtschronik.

Der zuständige Regierungsrat erklärte, er erkenne die furchtbare Notlage der Lazarettinsassen an, jedoch sei die Finanzlage des Reiches noch viel furchtbarer, der Finanzminister dagegen auf Wahlagitationsreisen in Baden. Ein zweiter Geheimrat sagte, daß, so bedauerlich es auch sei, die Regierung gerne die Erlaubnis zur Auswanderung nach Sowjet-Rußland, um die ein Vertreter der Lazarettkommission angesichts der ablehnenden Haltung des Finanzministeriums bat, geben würde. Vor seiner Türe (Zimmer 214, II. Stockwerk) hing folgender Zettel: „Wollt Ihr eine gesunde Finanzwirtschaft, keine Papiergeldwirtschaft, Fachleute in den Ministerien, dann wählt deutschnational!" Wahlpropagandazettel anderer Parteien waren im ganzen Finanzministerium der demokratischen Republik nicht zu finden.

Jawohl, meine Herren! Auch wir in den Lazaretten Groß-Berlins und Brandenburgs liegenden 6300 Lazarettinsassen werden am 6. Juni wählen. Der Abgeordnete Laverrenz der Deutschnationalen Volkspartei hat sich bei unserer letzten Volksversammlung im Lehrervereinshaus wohl ein Bild von unserer parteipolitischen Einstellung machen können. Wir wollen unsere müden Glieder zur Wahlurne schleppen und zeigen, daß wir von den Vertretern des heutigen Staates, die Milliarden für die Reichswehr ausgeben, und die Kriegskrüppel hungern lassen, nichts erwarten. Wir werden für den revolutionären Sozialismus, für die U. S. P. D. stimmen.

Wahlversammlung der Kommunalangestellten.

Demonstrationszug zum Rathaus.

Im Lustgarten fand gestern nachmittag eine große Wahlversammlung der kommunalen Angestellten und Hilfskräfte statt. Etwa 5000 bis 6000 Teilnehmer waren erschienen. Genosse Ledebour sprach über die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Neben den Bergwerken und der Großindustrie müsse besonders der Grund und Boden sozialisiert werden. Er beleuchtete in kurzen Zügen das Wohnungselend in den Städten und wies darauf hin, daß das Proletariat in elenden, schmutzigen Höhlen hausen müsse, wo es an Körper und Geist verkomme. Die Privatspekulation im Wohnungswesen müsse ausgeschaltet, die Gebäude in kommunalen Besitz übernommen werden. Hand in Hand damit hätten die Städte dafür zu sorgen, daß die freigewordenen Schlösser den Wohnungsuchenden zur Verfügung gestellt werden, auch die Kasernen könnten für Wohnzwecke bereitgestellt werden. Denn Deutschland brauche kein stehendes Heer, seine Soldaten aber müsse es endlich einer nutzbringenden Beschäftigung zuführen. Die Mehrzahl der Soldaten würde sich sicher darüber freuen, wenn sie endlich den bunten Rock ablegen könnten. Bei den großen Aufgaben, die dem Sozialismus auf kommunalpolitischem Gebiete harren, sei die Mitwirkung der Beamten besonders wertvoll und notwendig. Im sozialistischen Staat gäbe es keine Bureaukratie mehr, die Beamten seien die Beauftragten des Volkes, nur die Tüchtigkeit habe darüber zu entscheiden, auf welche Stelle der Beamte gesetzt wird. Genosse Ledebour hob dann noch die Wichtigkeit der Wahlbeteiligung hervor und forderte die Versammlung auf, am 6. Juni geschlossen für die U. S. P. D. zu stimmen. Nur diese Partei käme für die Durchführung des Sozialismus in Frage. Genosse Ledebour erntete stürmischen Beifall.

Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den internationalen revolutionären Sozialismus geschlossen. Die Versammelten begaben sich in einem Demonstrationszug zum Rathaus. Standarten und Embleme, die zur Wahl für die U. S. P. D. aufforderten, wurden im Zuge getragen.

Der glänzende Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß auch die Magistratsangestellten und Hilfskräfte erkannt haben, welche Partei die berufenste Vertreterin ihrer Interessen ist.

Wähler heraus!

Morgen, Sonnabend, nachmittags 6 Uhr, finden an nachfolgenden Plätzen

Große öffentliche Wahldemonstrationen

statt:

Winterfeldtplatz,	Teutoburger Platz,
Mariannenplatz,	Arconaplatz,
Am Görlitzer Bahnhof,	Exerzierplatz,
Sportplatz, Geßlerstraße,	Courbière-Platz (Müller-, Ecke Gerichtstraße),
Weberwiese, Weberstraße,	Dönhoffplatz (Südseite),
Am Ostbahnhof,	Kleiner Tiergarten, am Kriegerdenkmal,
Zum Steuerhaus, Landsberger Allee,	Humboldthain, Spielwiese.
Arnswalder Platz,	
Humannplatz.	

Große öffentliche Wählerversammlungen

werden abends 7 Uhr in folgenden Lokalen abgehalten:

Stadttheater, Alt-Moabit,	Schulaula Elsasser Str. 16/17,
Schulaula, Dresdener Str. 23,	" Görlitzer Straße 51,
" Zionsstraße 17,	" Manteuffelstraße 7,
" Schönfließer Str. 7,	Kranig, Wrangelstraße 10/11,
" Reichenberger Str. Nr. 67,	Grammann, Naunynstraße 27.

Am Freitag gelangt zur Ausgabe:

Die Stadtgemeinde Berlin

Mit Einleitung und Erläuterungen
von **Karl Leid**

64 Seiten Preis 5.— Mk.

Unentbehrlich für jeden in der kommunalen Bewegung Groß-Berlins Tätigen

Bei Bezug durch die Organisationen oder Gemeindevertreter-Fraktionen Rabatt

Sofortige Bestellungen erbittet

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e.G.m.b.H.
Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Die Vorschläge zur Stadtverordnetenwahl.

Zur Beachtung für die Organisationsleiter.

Nach dem Beschlusse der Generalversammlung der U. S. P. vom 31. Mai soll bei den Stadt- und Kreis-Wahlvorschlägen an der Spitze der Liste Gen. Dr. Weyl als Stichname bezeichnet werden.

Die Einreichung der Kreiswahlvorschläge und Bezirksverordnetenwahlvorschläge muß gesondert für jeden Wahlkreis in den Wahlkreisen von 1 bis 6 bei der Stadtgemeinde Berlin bis spätestens den 6. Juni 1920 in Berlin, Stralauer Straße Nr. 44—45 (Wahlbureau des Magistrats), erfolgen.

Die Einreichung der Kreiswahlvorschläge und Bezirksverordnetenvorschläge der Wahlkreise von 7 bis 15 erfolgt zu demselben Zeitpunkt bei den Stadtgemeinden und Wahlbureaus von Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf-Steglitz-Tempelhof, Schöneberg, Neukölln, Treptow-Köpenick, Lichtenberg, Weißensee-Pankow-Reinickendorf.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens 100 im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet werden. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Die Kreiswahlvorschläge müssen die Erklärung enthalten, welchem Stadtwahlvorschlage die bei Zuteilung der Stadtverordnetensitze nicht berücksichtigten Stimmen zugerechnet werden sollen.

Die in einem Kreiswahlvorschlage benannten Bewerber dürfen auch in dem angeschlossenen Stadtwahlvorschlage benannt werden. Die Benennung in einem Stadt- oder Kreiswahlvorschlage schließt auch die Benennung in einem Bezirksverordnetenwahlvorschlage nicht aus.

Von jedem vorgeschlagenen **Bewerber** ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Kreis- bzw. Bezirksverordnetenwahlvorschlag anzuschließen.

In Wahlkreisen dürfen die Bewerber in denselben Kreiswahlvorschlägen bzw. in den Bezirksverordnetenwahlvorschlägen nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Anzeige über den Anschluß eines Kreiswahlvorschlages an einen Stadtwahlvorschlag muß spätestens am 10. Juni beim leitenden Wahlkommissar in Berlin eingereicht sein.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Es muß dafür gesorgt werden, daß mit dem Wahlvorschlage Bescheinigungen vorliegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bzw. dessen Stellvertreter bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Kreiswahlkommissar und dem Kreiswahlausschuß zur Rücknahme des Kreis bzw. Bezirksverordnetenwahlvorschlages sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs- und Anschlußerklärungen bevollmächtigt ist.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes oder dessen Stellvertreters, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Groß-Berlin.

Die Sicherung der Berliner Wahllokale.

1468 Wahllokale.

Eine amtliche Mitteilung besagt:

Der Schutz der Reichstagswahlen am 6. Juni ist innerhalb der Grenzen des Landespolizeibezirks Berlin der Sicherheitspolizei übertragen. In Berlin wird außerdem die blaue Ordnungspolizei mit allen verfügbaren Beamten eingesetzt. In den nicht zum Landespolizeibezirk Berlin gehörenden Gemeinden Groß-Berlins ist der Wahlschutz Sache der örtlichen Polizeien und der Reichswehr. Der Wahltag bedeutet für alle Polizeibeamten eine erhebliche Kraftanstrengung. Sind doch allein im Wahlkreis Stadt Berlin 1468 Wahllokale zu sichern, zu denen dann noch diejenigen der Vororte Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln und Lichtenberg kommen, die ebenfalls von der Sicherheitspolizei geschützt werden müssen. Unabhängig von dem gewöhnlichen Streifengang der Sicherheitswachen findet den ganzen Tag über ein ununterbrochener reger Streifgang von Wahllokal zu Wahllokal von den Sicherheitskasernen aus statt. Außerdem erhält jedes Wahllokal Postierungen von Beamten in Uniform, die eine gewaltsame Verhinderung des Wahlaktes, Zerstörung oder Verschleppung der Urnen und ihres Inhaltes und die Vernichtung der aufgestellten Listen der Wahlergebnisse verhindern sollen. Die Wahlbureaus der Magistrate, in denen die Wahlergebnisse aus sämtlichen Wahllokalen zusammengestellt werden, erhalten starke Wachen der Sicherheitspolizei. Für den Fall, daß Störungen größeren Umfanges in ganzen Stadtteilen vorkommen sollten, werden bei sämtlichen Polizeitruppen den ganzen Tag über einige Hundertschaften mit Kraftwagenabruf bereit zur Verfügung gehalten. Die berittene Polizei steht ebenfalls zur Verwendung bereit.

Wir empfehlen der Sicherheitspolizei dringend die Beachtung der in unserer heutigen Morgen-Ausgabe veröffentlichten Mitteilungen über provokatorische Absichten der Rechtsputschisten.

Ein Blick hinter Kulissen.

Vor längerer Zeit hatten wir uns schon einmal mit dem Zirkus Busch beschäftigt und auf die geringe Entlohnung der Angestellten dieses Unternehmens hingewiesen. Der Erfolg war damals, daß eine kleine Aufbesserung eintrat. Mittlerweile sind aber die Lebensmittelpreise dauernd gestiegen, ohne daß die Einkommen der Zirkusangestellten entsprechend erhöht wurden, wenn die Direktion auch nicht vergaß, die Eintrittspreise des öfteren hinaufzusetzen. Es wird niemand glauben, daß im Zirkus Busch noch Monatseinkommen bestehen, die für Balletdamen 400 Mark, für Arbeiter 330 Mark, für Stallpersonal 350 Mark, für Handwerker 400—500 Mark, für Stallmeister 500—600 Mark, für Bühnenmeister 600 Mark betragen, und zwar auch erst seit dem 1. April d. J. Es ist daher auch kein Wunder, wenn die Angestellten mehr oder weniger zusehen, auf krummen Wegen zu erreichen, was ihnen auf geraden nicht gegeben wird, wobei das Publikum oftmals der leidende Teil ist.

Herr Kommissionsrat Busch, ein mehrfacher Millionär, findet das scheinbar ganz in der Ordnung; er macht sich in seiner Grunewald-Villa keine Sorgen, wie die Angestellten auskommen. Ein wenig aufgescheucht aus seiner Ruhe wurde er durch den Betriebsrat, der kürzlich auf Grund des Gesetzes auch für diesen Betrieb gebildet wurde. Der neue Betriebsrat faßte seine Aufgabe ernst auf und bemühte sich, die Lage der Angestellten zu verbessern. Herr Busch antwortete mit der Kündigung des gesamten Personals. Als Vorwand diente die Lustbarkeitssteuer, die angeblich das Unternehmen erdrücke. Nun geht aber der Zirkus, wie alljährlich, nach Hamburg, wo die Berliner Lustbarkeitssteuer ihre Wirkung auf dieses Unternehmen doch gar nicht ausübt. Das gesamte Personal hatte damit gerechnet, mit hinübergenommen zu werden. Durch diese Rechnung ist ein Strich gezogen. Einige Personen werden von dem jetzigen Pächter des Berliner Zirkus, der dort Boxkämpfe veranstaltet, übernommen. Für das Hamburger Unternehmen hat Herr Busch aber einen „Strohmann" gefunden, einen Hamburger Steindruckereibesitzer Friedländer, der jetzt nominell Besitzer des Hamburger Zirkus Busch ist und es sich vorbehält, von den gekündigten Angestellten einige nach seinem Gutdünken zu übernehmen.

Der Betriebsrat hatte kürzlich den Schlichtungsausschuß angerufen, um eine Erhöhung der Gehälter, und zwar mit rückwirkender Kraft, zu erzielen. Das Resultat war ein recht magerer Vergleich, der insbesondere vorsah, daß die neuen Gehaltserhöhungen keine rückwirkende Kraft haben sollen. Ueber die neuen Gehälter soll erst noch verhandelt werden.

Wir glauben bestimmt, daß die gleichen Verhältnisse auch noch bei anderen ähnlichen Unternehmungen bestehen. Schuld daran ist der Indifferentismus, der bei den Angestellten dieser Betriebe vorzufinden ist. Von gewerkschaftlicher Organisation ist dort keine Spur zu sehen, viel weniger aber noch in puncto politischer Aufklärung. Es wird wahrlich die höchste Zeit, daß auch in diese Dunkelkammern ein Lichtstrahl hineinfällt, damit diese Angestellten ebenfalls erkennen lernen, daß sie kapitalistisch ausgebeutet werden, ebenso wie ihre Klassengenossen, mit denen sie Schulter an Schulter kämpfen müßten um Verbesserung ihres irdischen Loses.

Pazifistischer Studentenbund. In Berlin hat sich nach einer in der Universität abgehaltenen Versammlung unter Förderung und Mitarbeit der bekannten deutschen Pazifisten Professor Schücking und Dr. Quidde ein „Deutscher pazifistischer Studentenbund" gebildet, der den Zweck hat, auch die studentische Jugend für die Ideale der Völkerversöhnung und des Völkerfriedens zu begeistern und alle ähnlichen studentischen Organisationen zu einem einheitlichen deutschen pazifistischen Studentenbund zusammenzuschließen. Auskunft erteilt Alfred Schneyder, Friedenau, Cranachstr. 36.

Der Mord an dem Oberlehrer Dr. Hemberger hat noch eine weitere Mitwisserin. Es ist dies eine Frau Heise, geb. Sierlein, die an dem Abend, an dem Probe die Tat beging, dazu kam und von dem Täter mit dem Tode bedroht wurde, falls sie ihn verraten würde. Diese Zeugin hatte auch den Eindruck gehabt, daß Frau Hemberger damit einverstanden war, daß P. ihren Ehemann, mit dem sie in unglücklicher Ehe gelebt hatte, beseitige.

Das 2. Städt. Volks-Einheitskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag, den 4. d. Mts., abends 7½ Uhr, in der Berliner Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3, statt. Karten sind zu haben in der Freiheit, Breitestr.

Eine Botenfrau hat auf dem Wege von Grenadierstraße nach Zionskirchstraße eine blaue Tuchtasche, Inhalt: „Freiheits"-Quittungen und einkassierte Abonnementsgelder, verloren. Da die Frau ersatzpflichtig ist, ersuchen wir den ehrlichen Finder, den Fund bei Grench, Zionskirchstraße 40, abzugeben.

Ein Trauring ist am Sonntag, den 30. Mai, auf der Friedrichsfelder Spielwiese gefunden worden. Abzuholen gegen Ausweis von H. Brähmer, Rüdersdorfer Straße 64 (Laden).

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Kühl und überwiegend trübe mit wiederholten Regenfällen und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden, dazwischen zeitweise aufklärend.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Friedrichshagen. Am Wahltag unterhält die Kolonne eine Wache am Marktplatz im Lokal von Rode (früher Lerche). Allen Kranken und schwachen Personen sowie Kriegsverletzten, die nicht allein zur Wahl gehen können, stellt die Kolonne Samariter zum Transport nach dem Wahllokal unentgeltlich zur Verfügung. Meldungen werden in obengenanntem Lokal angenommen.

Lebensmittelkalender.

Mehl. In der Zeit vom 6. bis 11. Juni einschließlich findet bei sämtlichen hiesigen Kleinhändlern der Lebensmittelbranche, soweit sie Kartoffeln führen können, die Neuauflegung der Kundenliste zum Bezuge von Frühkartoffeln statt. Es haben sich sämtliche Einwohner, auch diejenigen, welche mit Winterkartoffeln versorgt worden sind, in die Liste eintragen zu lassen, da die neue Kundenliste für den Frühkartoffelbezug gelten soll.

Aus den Organisationen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt.

Diejenigen Distrikte, die noch nicht im Besitze der Zählkarten und der Zusammenstellungsformulare sind, werden ersucht, diese unbedingt morgen vom Parteibureau, Schicklerstraße 5/6, abzuholen.

Die Geschäftsleitung

---

6. Distrikt. Die öffentliche Wählerversammlung, welche auf der Spielwiese im Friedrichshain stattfinden sollte, findet am Sonnabend 6 Uhr auf dem Landsberger Platz statt. Die Genossen treffen sich um 5½ Uhr auf dem Georgenkirchplatz. — Die Genossen, die am Sonntag an der Demonstration teilnehmen, treffen sich morgens 8¾ Uhr auf dem Georgenkirchplatz.

9. Distrikt. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Kütsch, Friedenberger Straße 1, Tel. Alexander 2159. Die überzähligen Genossen, die in den Abteilungen nicht eingeteilt sind, werden gebeten, sich um 48 Uhr am Sonntag morgen bei Kütsch im Zentralwahlbureau einzufinden. — Zur Demonstration am Sonnabend um 6 Uhr werden die Genossen ersucht, in geschlossenen Zügen aus den Abteilungen heraus nach dem Arnswalder Platz zu marschieren. Nach der Demonstration können die Stimmenauszähler das Material im Zentralwahlbureau in Empfang nehmen. — Die Revisoren und Kassierer treffen sich um 5½ Uhr bei Kütsch zwecks Einleitung der Sammlung zum Wahlfonds.

10. Distrikt. Sonnabend nachmittag 4 Uhr Treffpunkt aller Genossinnen und Genossen am Teutoburger Platz. Abmarsch 4½ Uhr. Rege Beteiligung wird erwartet. — Am Sonntag haben alle Genossen sich um 7½ Uhr in ihren Zahlabendlokalen einzufinden. Zentralwahlbureau des Distrikts bei Büttner, Schwedter Straße 23, Tel.: Humboldt 32.

Charlottenburg. Heute abend Flugblattverbreitung von sämtlichen Gruppenlokalen aus. Die Parteigenossen sind verpflichtet, sich daran zu beteiligen. — Das **Wahlbureau** befindet sich bei Haase, Spreestraße 10.

Charlottenburg, 3. Gruppe. Heute abend 7 Uhr Wählerversammlung in der Aula Wielefstraße. Referent: Genosse Dr. Löwenstein.

Charlottenburg, 7. Gruppe. Heute abend 7 Uhr öffentliche Wählerversammlung in der Aula der 25./26. Gemeindeschule Sybelstr. 20/21. Referentin: Genossin Rosenberg.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 7 Uhr bei Mühel, Neue Krugallee 59, Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen, zwecks Einteilung. Daran nehmen teil sämtliche Radfahrer, Stimmzettelverteiler und diejenigen Genossen und Genossinnen, die sich zur Landagitation am Wahltage zur Verfügung gestellt haben.

Oberschöneweide. Sonnabend abend 5 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. — Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in Moerners Blumengarten.

Grünau. Zur Wahlarbeit am Sonntag haben sich alle Genossen im Parteilokal Franz, Köpenickstr. 36, um 7½ Uhr einzufinden.

Lichtenberg. Sonnabend 7 Uhr zwei öffentliche Wählerversammlungen in der Aula Parkaue und in der Aula des Jahn-Realgymnasiums, Marktstraße. „In letzter Stunde."

Weißensee. Die Genossinnen und Genossen treffen sich Sonnabend 5 Uhr am Bismarckplatz, Ecke Rennbahnstraße, zur Wahldemonstration. — Sonntag früh 9 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Genossinnen bei Molzahn, Berliner Allee. Zahlreiches Erscheinen ist Ehrenpflicht.

Reinickendorf-West. Sonnabend 7 Uhr öffentliche Wählerversammlung im Garten des Volkshauses, Scharnweberstr. 114. Anschließend Demonstration. Thema: „An die Wähler in letzter Stunde."

Bezirk Borsigwalde. Sonnabend 7 Uhr öffentliche Wählerversammlung in den Borsigwalder Festsälen. Referent: Genosse Otto Heßler.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die beste Wahlagitation

kurz vor der Entscheidung bietet
die 5. Wahlnummer der
„Freien Welt"

Prozesse, Rat, Beistand, all. Preise, Teilzahlung, Ehe-, Miets-, Strafsachen, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach. Alexanderstr. 48. Geschäftsz. 9—7, Sonnt. 9—1, Schriftsätze. Beobacht. Mitw. 10—11 Vertragsschluß.

Soeben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist

Unabhängige sozialdemokrat. Wochenschrift

Herausgegeben von

Dr. Rud. Breitscheid

Abonnements vierteljährlich 10 Mk., Einzelnummer 1 Mk. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der „Freiheit" oder in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Genossen, werbt für die „Freiheit"!

Stoffe

für Anzüge, gut und billig. Tuchlager Fritz Bleckig, Alte Schönhauser Straße 31.

Spiralbohrer Schmirgelleinen, nur neue, kauft Müller, Neue Königstraße 36 (Alexanderplatz).

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlesing, Berlin W 9, Linkstraße 10, Tel.: Lützow 3905 und 5811.

Großen Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit".

Annahme in allen Speditionen des Verlages

KLEINE ANZEIGEN

Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Genossen, Sie sparen 200 Mark und noch mehr bei Ankauf eines Anzugs bei Burghar, Blücher Straße 20, vorn II, Hochbahn Kottbuser Tor. Reinwollene Kammgarnanzüge, Cutaways, Covercoats, gestreifte Hosen, stets große Auswahl.

Selbstanfertigte bessere Anzüge, auch Maß, spottbillig. Bass, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Bessere Jakettanzüge, Kammgarnhosen, Sommerpaletots, Cutawayanzüge verkauft staunend billig Loll, Muskauer Straße 46, parterre (Nähe Görlitzer Bahnhof).

Gardinenverkauf Fenster 45 Mark, Tüllbettdecken, Stores, Diwandecken, Portieren, Laken, Admiralstraße 4 I.

Gardinen. Stückware, Fenster 46 Mk., Schalgardinen 75.—, Künstlergardinen 115.—, 120.—, 175.— aufwärts, Gr. Auswahl in Tüllbettdecken, Stores, Portieren, ferner Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, Teppiche usw. konkurrenzlos billig. Gelegenheitskäufe Germaniastraße 1 (Ecke Weinmeisterstraße).

Großes Sportzelt, fast neu, umständehalber verkäuflich. Offerten unter „J. 44" an die Hauptexp. d. Bl.

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Möbel

Gelegenheitskäufe. Kleiderspinde, Vertikos, Trumeaus, Bettstellen, moderne Küchen, Sofas, Ruhebetten, Schreibtische und ganze Wirtschaften verkauft spottbillig Goldmann, Danziger Str. 51.

Selten billig! Schlafzimmer, halbeichen, nußbaum, 130-160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen. Petersburger Str. 4) Zahlungserleichterung.

Chaiselongues. 150.— bis 600.—, Metallbetten 230.— bis 3000.—, weiße Schlafzimmer Meleka, Augustastr. Ecke Ouch.

Tauschobjekt verkaufe Stubeneinrichtung mit Sofa und Küche zur 1945, 2482, 3210 M. Ganz neue Schlafzimmer 3210, 3740, 6015 M. Möbelversand, Brunnenstr. 109, Eingang Anklamer Straße.

Kaufgesuche

Firnis, Malerartikel, kauft Paul, Geßler, Weg 51.

Schellack, Leim kauft höchstzahlend Suszmihl, Moabit, Waldstraße 9.

Zahngebisse, Platin, Goldbruch und Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 58.

Leim kauft stets Siebold, Blumenstraße 74.

Pinsel, Schellack, Leim, Neue sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 24.

Grammophonplatten auch zerbrochene kauft höchstzahlend Stephan, Neukölln, Isarstr. 12, am Rathaus.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Werkzeuge und Schmirgelleinen kauft Werkzeughandlung Luisenufer 18.

Buschkerzen, Magnete, Zünder, Fallenverzeuer, Motoren und Autozubehörteile kauft Brandt, Schlesische Str. 12, Moritzplatz 1464.

Höchstpreise, Spiralbohrer, Schrauben, Leim usw. Dresdener Straße 18.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft Schlosserei Grumman, Palisadenstraße 11.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Gewindebohrer, Naturstahl, Feilen kauft jeden Posten Jennick, Prinzenstraße 3, Moritzplatz 14018.

1,50 Schmirgelleinen kauft laufend Kuhrmann, Naunynstraße 29, 4—8 Uhr.

Metallsägen, Schmirgelleinen, Feilen, Holzschrauben, Maschinenschrauben, Spiralbohrer, Zangen, neu, kauft Rominger, Gr. Frankfurter Str. 93, vorn 2, nur nachmittags.

Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen, neu, kauft zu konkurrenzlosen Preisen Werkzeugvertrieb Sickingenstr. 80.

Spiralbohrer! kauft zu konkurrenzlosen Preisen Adolf Lebitzki, Kommandantenstr. 49.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Belle-Alliance-Straße 98 I.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Holz- und Maschinenschrauben kauft jeden Posten Lapniers Sparthaus, Oderberger Str. 31.

Schnellaufbohrer, neu, kauft zu höchsten Tagespreisen Morgenstern, nur Lichtenberg, Gärtnerstraße 13, Alex. 8273.

Höchstpreise für neue Spiralbohrer, Schmirgelleinen, zahlt Schmidt, Köpenicker Straße 99 b, Stadtbahn Jannowitzbrücke.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz- und Maschinenschrauben, neue, kauft Zemmra, Hasselstr. 44, v. IV.

Unterricht

Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene ebenso erfahrener Sprachlehrer „Postlagerkarte 407" Bülowstraße C 6.

Ansiedelungen

Hohen-neuendorf, Lehmparzellen, 3400 Mark, kleine Anzahlung, Mäller, Steglitz, Treitschkestraße.

Vermietungen

Hochherrschaftlich, Zimmer sofort. Sattler, Vorbergstr. 15.

Arbeitsmarkt

Köhler, tüchtige, gesucht gegen hohen Lohn. Paul Klausch, N. Markusstr. 7.